

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

211.

Wien, am 25. August 1933.

WIENER LANDTAG.

Sitzung vom 25. August 1933.

Präsident Dr. Neubauer eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Die Galerien des Hauses sind dicht besetzt. Die christlichsozialen Landtagsabgeordneten sind nicht erschienen. Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte hat an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, das Präsident Dr. Neubauer vor Eingehen in die Tagesordnung dem Landtag zur Kenntnis bringt. In dem Schreiben heisst es:

" Unterm 22. d. M. haben Sie den Wiener Landtag für Freitag, den 25. zu einer Sitzung einberufen. Der Einladung war der Vermerk beigelegt: " Die Tagesordnung wird vorbehalten".

Die Geschäftsordnung des Landtages für Wien enthält keinerlei Bestimmung, die einen solchen Vorbehalt rechtfertigen würde. Allerdings sieht die Geschäftsordnung des Landtages auch nicht vor, dass die Tagesordnung den Mitgliedern des Landtages mit der Einladung zur Sitzung zuzustellen wäre. Ein solcher Vorgang liegt aber im Sinne der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien, die ausdrücklich anordnet, dass die vom Bürgermeister bestimmte Tagesordnung den Mitgliedern des Gemeinderates mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben ist. Da der Wiener Gemeinderat auch die Funktionen des Landtages für Wien ausübt, erscheint mangels einer ausdrücklichen Bestimmung der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag das Verlangen nach sinngemässer Anwendung der erwähnten Bestimmung der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat völlig gerechtfertigt.

Aus der den Mitgliedern des Landtages in den Abendstunden des 24. d. M. zugekommenen Tagesordnung ist ersichtlich, dass diese einen Gegenstand zur Behandlung stellt, der sowohl in seiner rechtlichen wie finanziellen Auswirkung die Verwaltung der Gemeinde und das Interesse der gesamten Bevölkerung tiefgehend berührt. Die Bedeutung dieser Angelegenheit hätte es erfordert, dass dem zuständigen Finanzausschuss im Sinne des § 123 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien Gelegenheit zur Vorberatung und Antragstellung gegeben worden wäre. Statt dieses verfassungsmässig und sachlich gebotenen Vorganges wird die Angelegenheit unter dem Gesichtswinkel einseitiger Parteibetrachtung behandelt und der Opposition zugemutet sich mit einer unwürdigen Statistenrolle zu begnügen. Schliesslich muss noch darauf hingewiesen werden, dass nach § 120 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Landtag nicht berechtigt ist, über Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde zu verhandeln, dass sonach die Stellungnahme zu der Verordnung der Regierung im Gemeinderate hätte erfolgen müssen.

Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte sieht sich nach alledem gezwungen, gegen den vom Herrn Präsidenten gewählten Vorgang den entschiedensten Protest einzulegen; er bekräftigt diesen Protest in formaler Hinsicht mit der Verweigerung der Teilnahme an der heutigen Sitzung des Wiener Landtages. Im Gegenstande selbst wird der Klub seinen Standpunkt der Bundesregierung unmittelbar zur Kenntnis bringen."

Die Verlesung des Briefes, der vom Obmann des Klubs der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte, Nationalrat Leopold Kunschak, gezeichnet ist, wird von lebhaften Zwischenrufen begleitet. Abg. Thaller: Das sind ja die Anstifter! - Abg. Eisinger: Die Schuldigen laufen davon! .

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Hiezu bemerkt

Vorsitzender Dr. Neuba uer, dass die heutige Sitzung entsprechend der geltenden Geschäftsordnung des Wr. Landtags einberufen wurde, dass die Geschäftsordnung des Landtages der des Parlaments ähnlich ist und dass im Parla~~men~~t oft Sitzungen mit dem Vermerk "Tagesordnung vorbehalten" einberufen worden sind, im übrigen wurde 24 Stunden vor der heutigen Sitzung jedem Landtagsabgeordneten die Tagesordnung mitgeteilt, sodass also auch dieser Forderung entsprochen ist. Ausserdem muss ~~///~~ jeder Wiener, der Zeitungen liest, ^{und die Vorgänge verfolgt} wissen, womit sich die heutige Landtagsitzung beschäftigen wird. (Lebh. Zustimmung b. d. Mehrheit)

Was die Berufung auf den Finanzausschuss anlangt, so beschäftigt sich der Finanzausschuss nur mit konkreten Fragen, es ist aber nicht seine Aufgabe, sich mit Fragen allgemeiner Art zubegeben.

St. R. Dr. Dameberg erstattet sodann den "Bericht" über den Lastenausgleich der Gemeinde Wien an den Bund im Betrage von 36 Millionen S jährlich. Er führt aus: Der Präsident hat soeben eine Mitteilung der christlichsozialen Minderheit des Landtages verlesen, in der unter Anführung von allerhand Bestimmungen der Geschäftsordnung davon Mitteilung gemacht wird, dass die Opposition in der heutigen Sitzung nicht erscheinen wird. Einer der wesentlichsten Punkte ~~an~~ diesem Schreiben ist offenbar der, dass der Opposition werde zugemutet, sich mit einer unwürdigen Statistenrolle zu begnügen. Das ist ein sachlicher Irrtum. Der Opposition hat das niemand zugemutet und gerade in der heute auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit könnte die Opposition eine sehr erhebliche Rolle spielen und ihr wird da keineswegs die Rolle eines Schweigers zugemutet. Zu dieser Rolle hat sich die Opposition durch ihr Fernbleiben selbst verurteilt (L. Kh. Beifall b. d. Mehrheit) und die Wiener Bevölkerung wird das zur Kenntnis nehmen. Das ist um so verwunderlicher, als man doch weiss, dass gerade die christlichsoziale Opposition in diesem Saal und die Bundesregierung in gewissen Beziehungen miteinander stehen (Rufe: Sehr gut!) Denn schliesslich ist der Bundeskanzler ein Mitglied der chrl. soz. Partei, schliesslich ist der Obmann der chr. soz. Partei Minister in der Bundesregierung und sind auch andere Minister, insbesondere auch der Finanzminister ~~Christlichsoziale~~. Wenn also diese christlichsozial geführte Regierung gegen die Gemeinde Wien etwas unternimmt, sollte man meinen, dass einer chr. soz. Partei in Wien eine andere Rolle als die eines Statisten zukommt und dass sie es sich eigentlich in ihrem eigenen Interesse überlegen müsste, in eine solche Rolle einzurücken. Aber das ist schliesslich ihre Sache. Und der Landtag muss sich mit der ungeheuer wichtigen Fragen, um die es sich hier handelt, beschäftigen, auch wenn es die chr. soz. Opposition vorgezogen hat, in der Sitzung nicht zuerscheinen.

Wir befinden uns in Oesterreich seit einigen Monaten in einem förmlichen Kriegszustand. Hitlerdeutschland führt Krieg gegen das kleine Oesterreich, um diesem Staat, dem dritten Reich einzuverleiben und ganz Europa verfolgt mit Spannung die Entwicklung der Dinge. Der kleine Staat Oesterreich ist wieder einmal das Objekt der grossen Politik geworden; nur freilich dass die Bevölkerung von Oesterreich und von Wien nicht weiss, was über ihr Schicksal verhandelt wird, weil es kein Parlament gibt, weil die Regierung dem Parlament ^{unterwirft} über das, was sie tut, nicht ~~berichten~~ will. Wir haben eine Regierung, die keineswegs in geschichtlicher Stunde von der Mehrheit des Volks neu berufen worden ist, die Geschicke dieses Staates zu lenken, sondern eine Regierung, die durch einen Zufall in jenem geschichtlichen Augenblick,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

im März, gerade die Staatsverwaltung in der Hand hatte. Sie hat daher eine doppelte grosse Verantwortung in dieser schweren Zeit, ^{einer Zeit, in} In/der dieser Staat, wie die Regierung immer selbst öffentlich erklärt, in einem Kampf auf Tod und Leben um die Erhaltung seiner Selbstständigkeit steht, sollte man meinen, dass es Aufgabe der Staatsmänner wäre, alle Kräfte in diesem Land zusammenzufassen, die einzusetzen sind für die hohen Interessen, für das Leben des Landes. Alles, was an Liebe und an Begeisterung, alles, was an Interesse für diesen Staat lebendig ist, müsste wohl von einer Regierung zusammengefasst werden, die in einer so schicksalsschweren Stunde wirklich die Führerin und Lenkerin der Geschicke des Landes sein will. Wenn der Patriotismus, von dem heute so viel die Rede ist wie immer, wenn ein Land sich in Gefahr befindet, ist ja nicht eine Sache katzbuckelnder Streber, die das Wort Vaterland möglichst oft im Mund führen (Lebh. Zustimmung) und der Patriotismus wird auch nicht erzeugt durch bunte Uniformen und das Absingen gewisser Lieder und das Spielen gewisser Musikstücke, der wahre Patriotismus erwächst nur aus den Lebensanschauungen der Menschen im Lande. Im Weltkrieg haben es so manche Staaten erfahren, was es heisst, dass die grossen Massen ihrer Bewohner keinen Anlass hatten, Patrioten zu sein, was es heisst, dass die grosse Masse der Bewohner dieser Länder, behandelt als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse im Weltkrieg erst gewonnen werden mussten für den Staat, den sie mit ihrem Leben verteidigen sollten. Wir erinnern uns noch alle des grossen Wandels der damals in diesen Dingen in Deutschland eingetreten ist, des berühmten Gedichts des Arbeiterdichters Karl Bröger von dem ärmsten Sohn, der Dein Getreuester war, und des Gelöbnisses das damals der Kanzler, nicht des Volks, sondern des Kaisers Wilhelm, im Reichstag abgelegt hat, diesen ärmsten Sohn, der der getreueste war, in dem künftigen Deutschland auch anders zu behandeln, als man das bis zum Jahr 1914 gewohnt war. Es haben damals im Weltkrieg manche Staatsmänner aus der Erfahrung gelernt, wie es mit den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung wirklich ausschaut. Auch Republiken könnten aus diesen Dingen lernen (Lebh. Zustimmung). Auch der Faschismus versteht, um was es sich handelt und weiss, dass er verachten muss, sich mit den breitesten Massen des Volks nicht im Widerspruch zu setzen, während es heute noch immer andere Staatsmänner gibt, die glauben, es sei die beste Politik einer Regierung in einem so bedrohten Land, breite Massen der Bevölkerung als Gauner zu beschimpfen (Pfuirufe) und ununterbrochen zu bedrohen. Wir in Oesterreich - das ist jetzt auch so eine Mode - wollen uns immer in allen Dingen von allen anderen Ländern unterscheiden und so scheint es, dass man sich hier auch dadurch unterscheiden will, dass man aus der Geschichte und aus der Erfahrung nichts gelernt hat. So haben wir heute eine Regierung, die das Land in einer drohenden grossen Gefahr verteidigen muss, und die glaubt, das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

just das der richtige Augenblick ist, wo man so nebenbei auch einen Krieg im Inneren des Landes führen kann, um neue Gegensätze zu erzeugen, statt die Kräfte des Landes zusammenzufassen. So haben wir eine Regierung, die führt Krieg gegen die Arbeiter und Angestellten, indem sie jede Woche eine andere Schutz Einrichtung für die Arbeiter uner Angestellten demoliert. So haben wir eine Regierung, die führt daneben auch ihren Krieg gegen die Bundeshauptstadt des eigenen Landes, gegen Wien. Man kann auf verschiedene Weise Krieg führen. Mit Maschinengewehren. Wir haben auch solche schon an einem Tag in den Strassen Wiens aufgestellt gesehen - man kann aber den Krieg auch führen, modern, auf andere Weise, als einen Wirtschaftskrieg, als einen Finanzkrieg. So etwas war zwischen den Staaten schon öfter da. Und auf solche Weise wird heute ^{auch} in Oesterreich ein Krieg geführt. Andere Staaten haben freilich über ihre Hauptstadt andere Ansichten. Es ist im allgemeinen in der Welt üblich, dass jedes Land seine Hauptstadt als einen Gegenstand besondern Stolzes betrachtet, das es gerade ^{für die} ~~in~~ Hauptstadt besonders Sorge trägt. Auch die chr-soz Opposition in diesem Saal hat in der Republik diese Anschauung schon gehabt. ^{in der Zeit nach dem Krieg} Damals hat Dr. Kienböck als der Sprecher der chr. soz. Opposition die soz. dem. Mehrheit wiederholt daran gemahnt, bei der Regierung dafür Sorge zu tragen, dass der Hauptstadt des neuen Oesterreich ein besonderes Augenmerk zugewendet wird. Und gerade der wie die heutige Regierung von österreichischer Ideologie redet gegenüber anderen Ideologien sollte doch eigentlich nicht vergessen, dass ein Oesterreichtum ohne Wien gar nicht denkbar und gar nicht möglich ist. Ich möchte da an das Wort erinnern, das nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein katholischer, konservativer Schriftsteller, Ernst Karl Winter, vor gar nicht langer Zeit geschrieben hat: "Der ~~besten~~ ^{besten} Austromarxismus allein hat trotz seines Affektes gegen Alt Oesterreich nicht nur in der konkreten Wiener Kommunalpolitik, sondern in der tatsächlichen Hervorbringung einer neuösterreichischen, vor allem aber Wiener Menschenart den in der Grossstaatstradition Oesterreichs liegenden Anlagen am allerstärksten entsprechen und dadurch bewirkt, dass die oft recht blamable internationale Bewertung Wiens als einer leichten Stadt der Lieder und der Tänze einer anderen Einschätzung Platz gemacht hat. Der österreichische Mensch, der das neue Wien gebaut hat, bestimmt also durch die unbewusst lebendige altösterreichische Erziehungsarbeit wie durch das sozialistische grosstädtische Ethos, ist ein Mensch der Arbeit, der das Wiener Erbe, das Altösterreichische im neuen Oesterreich, hineinträgt in ein neues Jahrhundert, das der alpenländischen Provinz naturgemäss noch fremd ist" (Hört Hört). Ich möchte mich mit dem ganzen Inhalt dieser Aeusserung gar nicht identifizieren. Aber es ist interessant, wie ein ernster, bedeutender katholischer, konservativer Schriftsteller in Oesterreich diese Dinge beurteilt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Aber unsere hohe Bundesregierung ist nicht von solchen Gedanken erfüllt wie der Kartellbruder manches chr. soz. Ministers, der das geschrieben hat, sondern diese Regierung führt eben ihren Krieg gegen Wien. Während man anderswo der Hauptstadt von Staatswegen besondere Vorteile bietet, weil sie eben etwas anderes ist als andere Städte, ohne dass man diese deswegen zurücksetzen möchte, ist es hier in Oesterreich umgekehrt. Wien soll zu einem Stiefkind unter den Bundesländern gemacht werden. Es soll der Stadt Wien unmöglich gemacht werden die Erfüllung der grossen sozialen, und kulturellen Aufgaben, die eben eine grosse Stadt zu erfüllen hat. Seit dem 7. März, seit dem Beginn des neuen Regimes ist eine finanzielle Attacke nach der anderen auf die Gemeinde Wien erfolgt. Das wäre nicht möglich, wenn der Regierung dabei nicht eine Verwechslung paassieren würde, wie sie sonst nur bei primitiven Demagogen und nicht bei grossen Staatsmännern vorkommt. Die Regierung glaubt fortwährend, dass wenn sie dem Wiener Rathaus etwas antut, das vielleicht sogar ein Gegenstand der Freude für die Wiener Bevölkerung ist, dass ein Gegensatz zwischen dem Rathaus, zwischen der Gemeindeverwaltung und der Bevölkerung besteht. Das ist ganz falsch. Denn erstens kann im Gegensatz zur Bundesregierung die Stadtregierung hier sich darauf berufen, dass sie wirklich die Mehrheit der Wiener Bevölkerung vertritt, und zwar keine Zufallsmehrheit, sondern eine Mehrheit, die in sieben Wahlschlachten, in 15 bösen und guten Jahren gewachsen ist. Und dann ist es ja klar, dass eine Verwaltung verschiedene Grundsätze haben kann und ist es begreiflich, dass mit der Verwaltung, die wir nach den Grundsätzen der Mehrheit der Wiener Bevölkerung geführt wird, die Minderheit vielleicht in vielen Dingen nicht übereinstimmt. Aber jedermann weiss doch, dass, wenn diese Rathausverwaltung wirklich getroffen wird, darunter die Interessen der ganzen Wiener Bevölkerung Schaden leiden (Lebh. Beifall), dass das nicht ein Schaden für irgendeine isolierte Verwaltung ist, über den sich jemand in dieser Stadt freuen könnte, sondern nämlich dass sich jeder grosse Schaden, der der Gemeindeverwaltung zugefügt wird, letztenendes auswirken muss in den Interessen nicht nur derer, die die Mehrheit der Vertreter in den Gemeinderat geschickt haben, sondern im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung (Lebh. Beifall).

505

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI

Wien, am _____

Wir wissen, dass die Bestrebungen nicht erst am 7. März begonnen haben, die darauf abzielten, die Bundeshauptstadt Wien eine Verwaltung aufzuzwingen, die den Interessen und Anschauungen der Mehrheit der Wiener Bevölkerung nicht entspricht. Solche Versuche hat es auch schon vorher gegeben.

Dabei haben zwei Dinge vor allem ^{immer} eine grosse Rolle gespielt: Die Behandlung der Personalfragen in der Gemeinde und der Wohnungsbau. In beiden diesen Dingen hat sich die christlichsoziale Partei zwieschlächtig benommen. Wir haben noch die Reden in Erinnerung, die vor einem Monat in diesem Saal von der christlichsozialen Minderheit gehalten worden sind, in denen sie uns vorgehalten haben, man habe die städtischen Angestellten immer besser gezahlt als beim Staat und es sei eigentlich ein sozialdemokratischer Verrat an den Angestellten und Arbeitern, wenn man ihnen jetzt die Gehalte kürzt. Die selbe christlichsoziale Partei aber hat, als die Bundesregierung seit Jahr und Tag das Ziel verfolgte, die Gemeinde Wien zu zwingen, ihre Angestellten nicht besser zu zahlen als der Bund, im Parlament ein Gesetz durchzusetzen versucht, wodurch der Gemeinde die Pflicht auferlegt werden sollte, die Gehalte auf das Ausmass der vom Bund gezahlten Gehalte zu kürzen. Die finanziellen Massnahmen seit dem 7. März, die sich gegen Wien

gerichtet haben, haben ja den gleichen Zweck verfolgt. Als dann die Gemeinde Wien dem Zwang der Verhältnisse gehorchend, die Kürzungen vornahm, bezeichneten es die selbe Christlichsozialen als Verrat an den Arbeitern und Angestellten.

Genau so ist es beim Wohnhausbau. Die Gemeinde Wien hat in den letzten 12 Jahren mehr als 60.000 Wohnungen gebaut und damit ein Werk vollbracht, das die Bewunderung der ganzen Kulturwelt erregt hat. Die Wohnungsschände des Wiens der Vorkriegszeit war in der ganzen Welt sprichwörtlich. Dass damals in diesem Saal die Hausherrn regiert haben, das hat die Wiener Bevölkerung mit dem schmachvollsten Wohnungselend, mit der Tuberkulose ihrer Kinder bezahlt. Die Gemeinde Wien hat seit dem Jahre 1918 gezeigt, wie auch in einem Lande mit bescheidener wirtschaftlicher Kraft Proletarierwohnungen ausschauen sollen. Das haben die Herren freilich nicht vertragen und ^{uns} immer wieder das Wort von der versteinerten Milliarde entgegen geschleudert. Die Regierung will nun diesen Wohnhausbau unmöglich machen. Das Hausbesitzerinteresse wird wieder einmal mit Vaterlandsliebe und Vaterlandsgedanken verwechselt, von denen man immer redet, obwohl doch zum Begriff des Vaterlandes doch zunächst gehören würde, dass der Mensch wenigstens eine menschenwürdige Wohnung in diesem Vaterlande hat. (Lobhafte Zustimmung.) Aber die Bundesregierung verträgt das nicht und so hat sie am vergangenen Sonntag in ihrer Wiener Zeitung vormelden lassen, Grund für die neueste Massnahme der Regierung sei, dass die Gemeinde Wien im gleichen Tempo weiterbaue. Wohnungsbau heisst nebenbei auch Arbeitsbeschaffung. Arbeitsbeschaffung ist heute die Parole in der ganzen Welt und auch die Bundesregierung denkt, mit Recht, fortwährend an Arbeitsbeschaffung. Aber der Gemeinde Wien soll es unmöglich gemacht werden, Arbeit zu beschaffen. Wenn sie baut, so beweist das, dass sie Gold hat, welches man ihr wegnehmen muss. Nun hat die christlichsoziale Opposition auch

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII

Wien, am.....

auch über diese Dinge in diesem Saale ganz anders gedacht. Als am 7. April dieses Jahres hier der erste Abschnitt des Bauprogrammes für 1933 ver-
gologt wurde, nach welchem 1385 Wohnungen heuer neu begonnen werden
sollten, hat St. R. Kunschak wörtlich erklärt, schon eine oberflächliche
Betrachtung zeige, dass dieses Bauprogramm nicht nur gegenüber seinen
Vorgängern, weit zurück sei, sondern dass es auch sehr bescheiden sei
im Vergleich zu dem, was für das Jahr 1933 in Aussicht gestellt worden
ist. Dem Herrn Kunschak waren also die 1385 Wohnungen zu wenig, während
die Regierung findet, dass die Inangriffnahme dieser Bauten ein Anlass
sei, der Gemeinde ~~das Mittel für bestimmte~~ dieses Geld wegzunehmen, damit
diese Bauten als Ruinen, als Wahrzeichen der grossen Aufbauarbeit,
die der Bund jetzt leistet, stehen bleiben. Kunschak hat damals ferner
gemeint, der Wohnhausbau der Gemeinde stelle sich als eine Leistung dar,
mit der die Gemeinde Wien just nicht zu prunken brauche, es sei das
Wenigste, was auf diesem Gebiete überhaupt noch geleistet werden könne.
(Lebhafte Hört Hört Rufe) St. R. Kunschak meint also, weniger könne
die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete nicht leisten. Und seine, des
Herrn Kunschak, Regierung sagt wieder: Zur Strafe dafür, weil ihr immer
noch Wohnungen baut, konfisziere ich dir so und so viel Geld! Wir
sehen, das selbe Doppelspiel wie in der Personalfrage, ist auch in der
Wohnungsfrage festzustellen. Auf der einen Seite Kritik, weil alles
zu wenig ist was die Gemeinde tut, auf der anderen Seite von der
christlichsozialen Partei und ihrer Regierung die schwersten finanziellen
Schläge gegen Wien, um ihr das Bauen unmöglich zu machen. St. R. Kunschak
ging noch viel weiter als das ^{Wohnungs-} Budget am 14. Dezember vorigen Jahres
hier zur Beratung stand, beantragte er, eine Anleihe im Betrage von
250 Millionen Schilling aufzunehmen, um die erforderlichen Mittel für
die Durchführung des Wohnbauprogrammes beizustellen! Vergleichen Sie
damit das Verhalten der Bundesregierung des Herrn Kunschak in dieser
ganzen Frage.

Wir haben jetzt, mitten im Hochsommer in Wien 15.000 arbeitslose
Bauarbeiter. Man stelle sich vor, wie gross die Arbeitslosigkeit in Wien
wäre, wenn die Gemeinde Wien nicht bauen würde. Ich weiss nicht, ob
es das Ziel einer Regierung in der heutigen Zeit sein kann, die Arbeits-
losigkeit im Lande zu vermehren, aber ihre Massnahmen bewirken dies
notwenig. Vielleicht steckt da ein politischer Gedanke dahinter. Die
Antimaxisten möchten offenbar gerne sagen, : Wir, die Antimaxistische
Regierung im Bunde, schaffen Arbeit, nicht aber die marxistische Ver-
waltung in Wien. Dort nimmt man eben die Mittel weg, damit sie keine
Arbeit schaffen kann.

Der Kampf gegen die Wohnhausbau hat noch einen anderen Sinn.
Mit einer Verordnung ist vor kurzem der Mieterschutz für grössere Woh-
nungen demoliert worden. Macht den Wohnhausbau der Gemeinde Wien un-
möglich, dann muss Knappheit an Kleinwohnungen eintreten und der Mieter-
schutz wird auch für Kleinwohnungen auf diese Weise via facti gesprengt.

Alle diese Massnahmen der Regierung, die uns damit zwingen wollte,
in den Fragen der Personalbezüge und des Wohnhausbaues nach ihrem poli-
tischen Willen vorzugehen, haben den Gemeindehaushalt natürlich in schwerer
Gefahr gebracht. Wir mussten die Bezüge des Personals kürzen, wir mussten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

VIII

den Wohnungsbau einschränken und wir haben unter Heranziehung der letzten Reserven mühsam das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt für das heurige Jahr wieder hergestellt. Das ist eine Sache, die nicht etwa nur uns im Wiener Gemeinderat interessiert, oder vielleicht nur die Wiener Bevölkerung, sondern die Sache geht das allgemeine Staatsinteresse an. (Zustimmung) Denn auf dem Kredit der Stadt Wien beruht ja zum grössten Teil der Kredit von Oesterreich überhaupt. (Lebhafte Zustimmung). Der Kredit der Stadt Wien, das ist ja das grosse Aktivum, das Oesterreich hat. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Und ohne das es überhaupt nicht leben kann. Die Regierung tut, als ob sie das alles nicht sehen würde. Die Schläge die sie gegen die Gemeinde Wien schon bisher geführt hat waren arg genug. Man hat uns rückwirkend für das Jahr 1932 die Sicherung unserer Abgabenertragsanteile durch die Gewährleistungsklausel weggenommen. Das macht einen Betrag von 19 Millionen Schilling aus. Für das Jahr 1933 hat man die Gewährleistungsklausel abgeschafft. Das bedeutet eine Mindereinnahme von mindestens 32 Millionen im heurigen Jahr für die Gemeinde. Man hat uns neue Lasten für Krankenanstalten des Bundes auferlegt, was eine Mehrausgabe von 6 Millionen ausmacht. Dazu hat man uns für die Vergangenheit noch eine einmalige Zahlung von 3 Millionen Schilling auferlegt. Es wurde der Gemeinde ferner die Steuereinnahme für den Bund entzogen, ohne dass der Bund die 300 Beamten übernommen hätte, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren. Damit wird uns, für das nächste Jahr gerechnet ein Betrag von etwa 4 Millionen Schilling entgehen.

Zu allen diesen ungeheuren Verlusten kommt noch die Auswirkung der Krise auf unsere eigenen Gemeindesteuern. Und so versteht man, dass der Gemeinderat, als er mühsam und mit einmaligem, nicht wiederholbaren Massnahmen das Budget wieder in Ordnung gebracht hatte, am 24. Juli seine warnende Stimme gegenüber der ganzen Öffentlichkeit und der Regierung erhoben hat. Kaum 4 Wochen später hat die Regierung unter dem Datum des 19. August eine Verordnung herausgegeben, durch die der Gemeinde Wien schon für 1933 und für 1934 zur Pflicht gemacht wird einen Betrag von je 36 Millionen, also zusammen 72 Millionen an den Finanzminister abzuliefern. (Lebhafte Entrüstungsrufe) Heute früh ist die Verordnung erst im Wortlaut bekanntgeworden. Der Regierung ist es gar nicht eingefallen, sich etwa bei der Gemeinde Wien zu informieren, wie die Finanzlage der Bundeshauptstadt Wien eigentlich sei. Sie hat keinerlei Verhandlungen über diesen Gegenstand geführt. Die Wiener Landesregierung hat ~~dieser Sache~~ aus der Zeitung erfahren, (Rufe: Unerhört!) dass Wien jetzt rückwirkend vom 1. Januar 1933 an 36 Millionen Schilling im Jahr zahlen muss. Man hat heute früh aus der Zeitung erfahren, dass die Monatsquoten von 3 Millionen Schilling für die vergangenen 8 Monate des Jahres am heutigen Tage bereits fällig sind, sodass die Gemeinde Wien eigentlich am heutigen Tage 24 Millionen Schilling für die verflossenen 8 Monate an den Bund abzuliefern hätte.

Hoher Landtag! Man redet in Oesterreich jetzt fortwährend von der Sanierung. Mit der bekannten "Sozialsanierung" haben diese Methoden sicherlich nichts zu tun. Man redet aber auch von der finanziellen Sanierung und tut so, als ob das Gleichgewicht im Bundeshaushalt das einzige Problem in Oesterreich wäre.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

K

Wien, am.....

Das ist ein Kardinal-irrtum. Neben dem Bundesbudget gibt es die Budgets der Bundeshauptstadt Wien, der acht Länder und der 4000 Gemeinde in Oesterreich. Das ist ein Problem, ebenso gross wie das des Bundesbudgets und es wäre eine verhängnisvolle Finanzpolitik, die sich darauf beschränken wollte, die Bundesbudgets allein in Ordnung zu halten und sich um die Budgets aller anderen Körperschaften einen Pfifferling zu kümmern. Der Kredit Oesterreichs hängt von der Gesamtheit der Verwaltung in diesem Lande ab, er hängt von der Ordnung der Finanzverwaltung im ganzen Staat und in allen seinen Gliedern ab. Die Regierung hat für die finanziellen Sorgen der Bundeshauptstadt Wien kein Interesse, sondern hat im Gegenteil oben diesen schweren Schlag gegen Wien geführt und das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Haushalt der Gemeinde neuerdings zerstört, indem sie die 36 Millionen Schilling auch noch für das heurige Jahr fordert. Es ist klar, dass wenn das wirklich Gesetz bleibt, wir leider zu den schwersten Einschränkungen auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung gezwungen sein werden, und dass wir gezwungen sein werden der Bevölkerung neue Lasten aufzulegen um den Tribut zu zahlen, der dem Lande Wien durch die Regierung auferlegt worden ist. Zu den 40 Millionen und mehr, die man uns schon genommen hat würden noch 36 Millionen dazu kommen. Das wären gigantische Beträge, die natürlich nicht ersetzt werden können durch die Banknotenpresse die uns nicht zur Verfügung steht, oder durch Hebung irgend welcher Schätze die nicht vorhanden sind. Das Geld müsste von der Bevölkerung aufgebracht werden. Wir haben uns bisher bemüht das Gleichgewicht durch Ersparungen herzustellen, obwohl wir wissen, dass diese Ersparungen volkswirtschaftlich unzweckmässig sind und dass sie sich überaus nachteilig auf das Wirtschaftsleben auswirken. Wir haben uns auch bemüht eine Anleihe aufzunehmen, um über das Budget hinaus, Arbeit zu schaffen, und jene Arbeiten sicherzustellen, die im Budget enthalten sind. Die Regierung hat uns die Aufnahme dieser Anleihe verweigert. (Hört Hört Rufe) Es ist offenbar der Gedanke massgebend, Wien den anderen ^{Bundes-}Ländern gleichzuschalten und zu bewirken, dass auch hier die Arbeitslosigkeit sich wie in den anderen Ländern Oesterreichs in den letzten 10 Jahre vervierfacht, statt verdoppelt.

Was die Regierung hier getan hat, diese Forderung von 36 Millionen Schilling ist keine Angelegenheit des Rathauses. Das muss hier mit aller Deutlichkeit gegenüber der Regierung und vor der ganzen Wiener Oeffentlichkeit gesagt werden. Wir kämpfen im Interesse der Wiener Bevölkerung um das Gleichgewicht im Stadthaushalt. Wir werden ungeheure Mühe haben es zu behaupten. Die 36 Millionen Schilling, die die Regierung jetzt Ende August noch für heuer verlangt, haben in unserem Budget keinen Platz. Das ist ein Tribut, den die Regierung der Wiener Bevölkerung auferlegt, (Lebhafto Zustimmung) und wir im Rathause sind nur in der unangenehmen und traurigen Rolle der Inkassanten dieser Gelder, die die Bundesregierung von der Wiener Bevölkerung hier eintreibt.

Man wird in den nächsten Tagen die Erinnerung an die zweite Türkenbelagerung Wiens und an die Befreiung unserer Stadt feiern. Damals war es üblich einer eroberten Stadt einen Tribut aufzuerlegen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am _____

Es zeigt sich, dass es auch heute noch Tributzahlungen gibt. Die 36 Millionen, die die Regierung von der Gemeinde Wien verlangt, sind ein solcher Tribut, (Zustimmung) welcher der Wiener Bevölkerung auferlegt wird, offenbar zur Strafe dafür, dass sie in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch ist.

Wenn die Regierung sich nicht besinnt und diese Verordnung zurücknimmt, dann müsste sie doch wenigstens die Wahl der Methode der Aufbringung dieser Gelder freigeben, damit die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit dabei zur Geltung kommen können. Es ist sicherlich eine furchtbare Härte der Wiener Bevölkerung nach all den grossen Steuererhöhungen, die die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren durchgeführt und die vor allem die Wiener treffen, heute noch 36 Millionen Schilling pro Jahr abzunehmen. Die Regierung weiss es offenbar auch und deshalb führt sie ja wohl das Manöver auf uns zum Inkasso dieser Steuern zu zwingen, die sie für sich von der Wiener Bevölkerung haben will. Es ist eine förmliche Strafsteuer, die man da den Wiener auferlegen will. Es ist ja sonst in einem Staate/üblich, eine Steuer nur für einen Teil des Staates zu machen, und für die anderen Teile nicht. Das ist ein grotesker Gedanke, den es in der Welt sonst nirgends gibt.

Es muss heute der Wiener Bevölkerung gesagt werden, was das bedeutet, was die Regierung da vorhat. 36 Millionen Schilling, das sind auf den Kopf der Wiener Bevölkerung gerechnet, ganz gleichgültig ob jung oder alt, 20 Schilling pro Jahr. Für eine vierköpfige Familie bedeutet es 80 Schilling, die sie im Jahr an die Bundesregierung abführen soll. Für einen Arbeitslosen, dessen Jahresunterstützung 800 Schilling ausmacht, sind das 10 Prozent, die ihm als Kopfsteuer weggenommen werden. Man braucht weiter nicht auszumalen, wie furchbar das ist. Denken wir an den Kurzarbeiter, für den diese 80 Schilling 5 Prozent seines ganzen Jahresverdienstes sind. Denken wir an die Einkommen der Menschen überhaupt! Das Finanzministerium hat vor kurzem eine Statistik veröffentlicht, aus der man ersieht, dass die gesamte Einkommensteuer, die von der ganzen Wiener Bevölkerung im Jahre 1932 gezahlt worden ist, rund 72 Millionen Schilling ausmacht. Diese 36 Millionen sind also ein 50 prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer der Wiener Bevölkerung! Man redet so viel von der drückenden Gemeindesteuern. Nun, diese 36 Millionen, an dem Ertrag aller Gemeindesteuern gemessen, sind ein Viertel aller Gemeindesteuern von Wien. (Lebhaftes Hört Hört Rufe.) Man braucht sich das nur einen Augenblick vor Augen zu führen, um zu ermessen, was für eine grosse Summe das ist, deren Zahlung die Regierung über die Wiener Bevölkerung verhängen will. Wir bekommen heute aus der Abgabenteilung nur mehr 54 Millionen Schilling. Nimmt uns noch 36 Millionen weg, so verbleiben nur noch 18 Millionen, das sind 10 Schilling auf den Kopf der Wiener Bevölkerung. Diese Kopfquote entspricht nach der Statistik der Kopfquote, die die Dörfer von 500 bis 1000 Einwohner bei der Abgabenteilung bekommen. Durch diese neue Massnahme der Regierung würden wir also in der Abgabenteilung auf das Niveau eines Dorfes von 500 bis 1000 Einwohner herabgedrückt werden. Dabei darf man nicht vergessen, dass Wien nicht nur eine Gemeinde, sondern auch ein Land ist und dass wir alle Funktionen und Aufgaben einer Landesverwaltung zu tragen haben. Alle Länder bekommen aus der Abgabenteilung ihre Anteile. Wir in Wien

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

worden aus diesem Titel über die Kopfquote von 10 Schilling hinaus nichts mehr bekommen. Der Bund leistet neben der Abgabenteilung für die anderen Länder noch alles mögliche, er baut Strassen, er sorgt für Wasserbauten, er sorgt vor allem für landwirtschaftliche Zwecke in sehr hohem Masse und gibt den Ländern überdies 26 1/2 Millionen im Jahr als Kostenbeitrag für ihre politische Verwaltung. Das Land Wien bekommt nichts. Und wenn man davon spricht, dass Wien die Zahlungen für die Polizei nicht valorisiert hat, so bekommen wir für die ehemaligen Staatsstrassen auf Wiener Boden noch immer 36 Schilling 40 Groschen! (Rufe: Hört Hört) Immer haben die Massnahmen des Bundes sich für die anderen Länder ander ausgewirkt wie für Wien. Als Entgelt für den Kostenbeitrag zur Notstandsunterstützung hat man den Ländern die Landesbiersteuer gegeben, was für manches Land zeitweise ein glänzendes Geschäft war. Wien hat dabei immer daraufgezahlt, u.zw. seit 1927 beinahe 30 Millionen Schilling.

Was diese 36 Millionen bedeuten, kann man auch an den Ausgaben der Gemeinde ermessen. Sie sind ein Viertel der ganzen Personalausgaben in einem Jahre, sie sind beinahe um die Hälfte mehr als die Ausgaben, die wir in der offenen Fürsorge haben. Wenn wir den 36.000 Kindern die Pflegebeiträge wegnehmen und den 46.000 alten und erwerbsunfähigen Menschen den Erhaltungbeitrag streichen, wir würden damit erst zwei Drittel von dem Gelde hereinbringen, das der Bund als Tribut von der Wiener Bevölkerung fordert. Die gesamte geschlossene Fürsorge in den Anstalten, Versorgungshäusern, Krankenhäusern, Irrenhäusern, Jugendfürsorgeanstalten kostet noch nicht 36 Millionen. Daraus ersieht man, eine wie ungeheure Summe das ist und welche schwere Last von der Regierung nicht der Gemeinde, die sie ja nicht tragen kann, sondern der Wiener Bevölkerung auferlegt wird. Dabei ergeht sich die Regierung in ihrem Communiqué in dunklen Andeutungen, in dem sie sagt, es werde damit eine unerlässlich gewordene Reform der Abgabenteilung in die Wege geleitet. Daraus ist nicht zu ersehen, ob das etwa nur ein erster Schritt sein soll, dem noch weitere folgen sollen, oder ob jetzt die anderen Länder drankommen. Eines aber ist sicher. Die Abgabenteilung ist ein Vertrag und in einem Rechtsstaat werden Verträge nicht einfach gebrochen, sondern müssen eingehalten werden. Freilich, in einem Lande, wo 48 Stunden vor einer Gerichtsverhandlung eine Verordnung erscheint durch die sich der Geklagte von der Verhandlung befreit, kann man kaum von Recht und Verträgen reden. Es muss jedoch erinnert werden, dass diese letzte Abgabenteilung nicht nur der Idee und dem Sinne nach ein Vertrag war, sondern es ist damals ein regelrechter, von der Regierung, von der Gemeinde und von den politischen Parteien unterschriebener Vertrag geschlossen worden, von dem ein Exemplar im Archiv auf dem Ballhausplatz und eines im Rathause erliegt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

Der Vertrag trägt das Datum vom 25. Jänner 1931 und trägt einige bemerkenswerte Unterschriften. Den Vertrag hat der damalige Bundeskanzler Ender unterschrieben, der jetzt die Notverordnung über die 36 Millionen Schilling mitunterschrieben hat, der Vertrag trägt die Unterschrift des Vizekanzlers Winkler, des Dr. Karl Buresch, der jetzt als Finanzminister der Gemeinde Wien 36 Millionen S wegnimmt. Berichterstatter im Parlament war Dr. Kurt Schuschnigg, der jetzt als Minister die Notverordnung ebenfalls mitunterschrieben hat (Leb! Zwischenrufe). Damals ist sowohl vom Berichterstatter als auch vom Dr. Ender im Parlament ausdrücklich hervorgehoben worden, dass mit diesem Vertrag ein Ausgleich für 5 Jahre gesetzt wird. Und heute erklärt die Regierung einseitig, dass eine Reform der Abgabenteilung unerlässlich geworden sei, heute soll Wien auf das Niveau eines 500 Einwohner-Dorfes herabgedrückt werden. Die Abgabenteilung ist kein Geschenk, sie ist ein Ersatz für die Verzichte, die die Länder und Gemeinden auf ihrem Steuerrecht haben machen müssen. Der Entgang an Steuern soll durch die Abgabenteilung wettgemacht werden. Die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich ausserhalb Wiens haben im Jahre 1913 120 Millionen Goldkronen an Umlagen gehabt, heute bekommt Wien durch die Abgabenteilung 54 Millionen, von denen man jetzt 36 Millionen noch wegnehmen will. Heute hat Wien keine Möglichkeit, Umlagen einzuheben; wenn der Vertrag über die Abgabenteilung zerrissen wird, wenn der Bund aus dem Vertrag alle Bestimmungen herausreisst, die ihm nicht genehm sind, dann muss man verlangen, dass der ganze Vertrag aufgehoben wird, und dass Wien seine Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Steuern bekommen muss. Wir haben uns im Jahre 1931 verpflichtet müssen, eine ganze Anzahl von Steuerermässigungen mit Wirksamkeitende 1935 durchzuführen und heute kommt der Bund und kassiert uns unsere Einnahmen weg. Wenn der Gemeinde ihre Bewegungsfreiheit nicht widergegeben wird, dann ist das Vorgehen des Bundes ein Vorgehen gegen die Armsten der Armen dieser Stadt, denen die Leistungen der Gemeinde entzogen werden müssten. Ueber die Verwendung der 36 Millionen S hat die Notverordnung keine Auskunft gegeben, aber im Kommentar war zu lesen, dass der Bund mit Recht das Geld verlangen kann, weil er Leistungen im Interesse der Gemeinde Wien vollbringe. Und da wird von der Sozialversicherung erzählt, dass die Arbeitslosenversicherung dem Bund sehr viel Geld kostet, aber es wird nicht gesagt, dass von den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung ⁱⁿ ganz Oesterreich bloss 37 Prozent auf Wien entfallen, während Wien nicht weniger als 51 Prozent zu den Einnahmen für die Arbeitslosenversicherung zuzahlt. In der Wiener Zeitung wurde in diesem Zusammenhang mit der Notverordnung auch auf das grosse Defizit der Bundesbahnen hingewiesen. Dass die Bundesbahnen ein grosses Defizit haben ist richtig, aber was geht dieses Defizit das Wiener Rathaus an? Nicht mehr und nicht weniger als das Rathaus von Linz, Baden, Salzburg oder von Feldkirch. Dass die Bundesbahnen ein Defizit haben ist eine Bundesangelegenheit und wenn es nicht möglich ist, dass die Bundesbahnen ihr Gleichgewicht selbst herstellen, dann ist das eine Angelegenheit des Bundesbudgets. Vor elf oder zwölf Jahren hatten wir in Wien schwere Sorgen um die Strassenbahn. Da hat uns ein christ. soz. Gemeinderat, der jetzt schon sehr lange Zeit Minister ist, den Rat gegeben, wir sollten uns an die Staatsregierung von damals wenden um uns von ihr etwas für das Defizit der Strassenbahnen zu holen; denn es sei doch auch eine Staatsangelegenheit, dass die Wiener Strassenbahn verkehrt und dass man nicht fortwährend die Tarife erhöhen muss. Wir haben uns tatsächlich damals um den Rat dieses Herrn zu befolgen, einmal an den Bund gewendet, der Bund hat uns erklärt, die Wiener Strassenbahn sei eine Gemeindeangelegenheit, um die er sich nicht sorgen könne, das so

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Sache der Wiener Verwaltung. Weit mehr ist natürlich die Bundesbahn eine Angelegenheit der Bundesverwaltung und doch nicht einer einzelnen Stadt. Ja, wir können gerade umgekehrt sagen, die wirtschaftliche Kraft Wiens prägt doch das Allermeiste dazu bei, dass die Bundesbahnen wenigstens den Verkehr haben, den sie heute noch aufweisen können (Lebh. Beifall). Wir wissen schon, dass das Bundesbahndefizit dem Bunde schwere Sorgen macht, umso mehr, als eine weise Bundesregierung in den Jahren 1930 und 1931 für das grosse Bundesbahndefizit keinerlei Vorsorge getroffen hat, sodass jetzt nicht nur das laufende Defizit, sondern noch immer die Kosten der alten Defizite den Bund trifft, ja, dass der Bund niemals, statt für das Defizit seiner Bahnen vorzusorgen, eine Hochgebirgsstrasse zu bauen begonnen hat, von der er der Öffentlichkeit erzählt, hat, dass die 6 Millionen kosten wird, während sich jetzt herausstellt, dass sie 36 Millionen kostet (Lebh. Hört Hörtrufe). Dafür kann die Wiener Gemeindeverwaltung und die Wiener Bevölkerung nichts und dass wir diese Kosten mitzahlen sollen, ist doch grotesk.

In der Wiener Zeitung war auch zu lesen, es handle sich auch darum, dass der Bund soviel Geld für die Bankensanierung gebraucht habe. (Hört Hört und Zwischenrufe) und dass das, wie es dort heisst, auch vornehmlich für das Gebiet um Wien notwendig gewesen sei (Heiterkeit). Ich will hier keine Erörterung darüber anfangen, ob die Sanierung der Banken in dieser oder jener Form zweckmässig war oder nicht. Aber wenn der Bund sie für zweckmässig gehalten hat, war doch die Frage, ob der Wert des Schilling erhalten bleibt, nicht eine Angelegenheit der Wiener Bevölkerung allein, sondern eine Angelegenheit der ganzen österreichischen Bevölkerung und heute etwa zu verlangen, dass die Wiener Bevölkerung durch eine Kopfsteuer die Verluste der Grossbanken zu tragen habe, ist eine Zumutung, für die sie sich bedanken wird.

Wie immer man die Dinge anschaut, kann man nur sagen, dass sind keine Argumente, die die Regierung hier vorbringt. Sie geht mit diesen Methoden einen Weg, der in den Abgrund führen muss, und ich will noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, dass wenn man sich nur in allen Öffentlichkeit überlegt, was das bedeutet, eine Ernüchterung eintreten muss. Dass die chr. soz. Partei auf dem Weg solcher Verordnungen in Wien politischen Selbstmord betreibt, ist ihre eigene politische Sache. Aber diese Belastung für die Wiener Bevölkerung geht vor allem uns als die Sachwalter dieser Bevölkerung an. Die chr. soz. Minderheit hier müsste nicht Statisten spielen. Sie hätte hier einmal eine grosse Aufgabe und wenn Stadtrat Kunschakin seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten mitgeteilt hat, die chr. soz. Minderheit werde ihre Stellung in der Frage der Bundesregierung mitteilen, so ist dazu nur zu sagen, dass es wäre wünschenswert gewesen, wenn dieser direkte Verkehr zwischen der chr. soz. Minderheit und der Bundesregierung vor dem 19. August, bevor diese Verordnung erschienen ist, erfolgt wäre (Lebh. Zustimmung). Da wäre eine Gelegenheit zu einer grossen Aktion gewesen. Heute fürchte ich, dass da wirklich nur eine Statistenrolle herauskommen wird. Es wird nicht nur die Regierung, sondern auch die chr. soz. Partei vor der Wiener Bevölkerung zu verantworten haben, dass man sie behandelt als Staatsbürger zweiter Klasse und dass der Bund Methoden anwendet, die auf den wirtschaftlichen Niedergang Wiens einsteuern (Lebh. Beifall).

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Es passt zu dem ganzen System, dass nun auch jede öffentliche Meinungsäußerung über die Verordnung der Regierung unterdrückt werden soll. Es kommt mir sonderbar vor, dass die Wiener Zeitungen tagelang kein Wort gefunden haben, um über diese Dinge zu reden (Hört Hört) und dass die Arbeiter-Zeitung, die sich am Dienstag mit den Argumenten der "Wiener Zeitung" beschäftigt hat, konfisziert wurde, und zwar der Artikel mit samt der Ueberschrift, damit niemand erfahre, dass sich diese Zeitung mit der Frage beschäftigt hat. Es wurde auch ein Plakat verboten, dass sich mit dieser Frage beschäftigen wollte. Das zeigt also wohl, dass die Regierung eine Kritik an ihrem Vorgehen nicht dulden will (Leh. Zwischenrufe). Da kann man nur sagen; was für eine schlechte Politik muss das sein, die kein Wort der Kritik verträgt (Lebh. Zustimmung). Aber die Unterdrückung der Kritik macht diese Politik nicht besser und die, die sie zu verantworten haben, werden der Verantwortung nicht entgehen (Sehr richtig!)

Da die Oeffentlichkeit über diese Dinge bisher zu wenig unterrichtet worden ist, halte ich es für nötig, dem Landtag vorzuschlagen, dass in einigen knappen Sätzen der Tatbestand zusammengefasst und der Wiener Bevölkerung in geeigneter Weise bekanntgegeben wird, damit sie doch wenigstens weiss, woran sie ist.

Ich beantrage folgende Entschliessung: "Die Bundesregierung hat durch ihre Massnahmen der Gemeinde Wien im heurigen Jahre einen Betrag von mehr als 40 Millionen Schilling entzogen. Dadurch ist der Gemeindehaushalt in schwerste Gefahr gekommen, zumal infolge der Wirtschaftskrise die eigenen Einnahmen der Gemeinde zurückgegangen sind. Mit grösster Anstrengung vermochte die Gemeinde das Defizit auszugleichen. Nur durch eine sehr beträchtliche Kürzung der Bezüge der städtischen Angestellten und Arbeiter, nur durch Veranziehung aller Reserven ist es gelungen, die Aufrechterhaltung der Schul- und der Wohlfahrtspflege, die Fertigstellung der begonnenen Wohnbauten und anderer dringender Arbeiten zu sichern. Nun zerstört plötzlich eine neue Verordnung der Bundesregierung das Ergebnis der mühsamen Arbeiten der Gemeinde. Die Bundesregierung verlangt die Ablieferung von 36 Millionen Schilling noch für das heurige Jahr. Sie legt damit der Wiener Bevölkerung einen Tribut auf, der zwanzig Achilling für den Kopf ausmacht, achtzig Schilling im Jahr für eine vierköpfige Familie. Sie zwingt die Gemeinde auf diesem Wege zur Erhebung neuer Steuern, zu einer schweren Belastung der ganzen Wiener Bevölkerung und macht es ihr unmöglich Arbeit zu schaffen. Der Wiener Landtag erhebt feierlich Protest dagegen, dass die Lebensinteressen Wiens und seiner ganzen Bevölkerung auf das schwerste bedroht werden. Er fordert die Bundesregierung auf, ihren Beschluss zu widerrufen und dessen Eingedenk zu sein, dass Oesterreich nicht leben kann, wenn seine Hauptstadt zugrunde gerichtet wird. (Lebh. anhaltender Beifall bei der Mehrheit.)"

Aviso für die Redaktionen: Auf dem zweiten Blatt ist in der ersten Zeile das Wort Bericht versehentlich unter Anführungszeichen gesetzt worden. Wir ersuchen, die Anführungszeichen zu streichen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

In der Debatte weist

Abg. Schaffhaubt darauf hin, in welche grostlose Lage die Gewerbetreibenden und Kaufleute geraten müssen, wenn der Gemeinde Wien formalich alles weggenommen wird, was ihr noch übriggeblieben ist, um Arbeitschaffung in denselben Rahmen zu treiben, wie es bisher der Fall war. Vor allem die Gewerbetreibenden und Kaufleute werden die Leidtragenden der gegen Wien gerichteten Politik der Regierung sein. Schon die bisherigen Massnahmen der Regierung haben die Stadt Wien und damit breite Schichten der Bevölkerung auf das schwerste geschädigt. Um wieviel mehr wird dies erst der Fall sein, wenn der Gemeinde nun neuerdings 36 Millionen weggenommen werden. Da haben einmal die Chr. soz. durch ihren Obmann Kunschak den Antrag gestellt, die Gemeinde möge eine Anleihe von 200 Millionen für grosszügige Investitionen aufnehmen. Dieselbe Partei hat aber der Gemeinde die Aufnahme einer bescheidenen Anleihe von nur 30 Millionen verwehrt. Man sieht, mit welchem Hass und Neid gegen die Wiener Verwaltung vorgegangen wird. Die Wegnahme dieser 36 Millionen wird wahrscheinlich die Folge haben, dass die Bautätigkeit wesentlich wird eingeschränkt werden müssen, das heisst so ziemlich das Einzige, was es bei uns als Arbeitsbeschaffung gab, wird wegfallen. Was die tausenden Betriebe, die nur auf die Arbeiten bei den Gemeindebauten eingestellt waren, machen sollen, weiss niemand. Dazu wird durch verschiedene Regierungsmassnahmen die Konsumkraft der Bevölkerung immer weiter geschwächt. Heute sieht wohl schon der letzte Gewerbetreibende und Kaufmann ein, wie sehr auch ihn diese Schwächung der Konsumkraft schädigt. Aber diese Notverordnung wird das eine gute haben, dass sich nun alle Wiener bewusst werden, was der Gemeinde Wien angetan wird, und diese Politik wird die rote Gemeindevergeltung nur stärken (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Abg. Nowy bemerkt, ~~die Ursachen der Arbeitslosigkeit~~ als Faktoren, die die Arbeitsbeschaffung in Oesterreich betreiben können, kommt vor allem der Bund und die Gemeinde Wien in Betracht. Von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung hat man viel gehört, aber sehr wenig gesehen. Aus dem Bundesbudget des vorigen und dieses Jahres wurden alle Investitionen gestrichen. Das war vor allem eine der Ursachen des Zunehmens der Arbeitslosigkeit. Offenbar gehört auch das Zwangsschlichtungsverfahren für die Bauarbeiter zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung. Die Regierung hat festgestellt, dass die Bauarbeiter überhöhte Löhne beziehen. Obwohl die Bauarbeiter der Regierung bewiesen haben, dass schon im Vorjahr das Durchschnittseinkommen eines Bauarbeiters einschliesslich der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr 30 S erreicht hat. Im Jahre 1929 gab es in der Hochkonjunktur in Wien 3000 arbeitslose Bauarbeiter, infolge der verschiedenen Abgabenteilungen sank die Zahl im Jahre 1930 nicht mehr unter 5000 und im Jahre 1931 nicht mehr unter 8000. Im Jahre 1932 ist sie infolge der letzten Abgabenteilung nicht mehr unter 12000 gesunken. Die 50 Millionen, die der Gemeinde Wien heuer entzogen wurden, haben sich darin ausgedrückt, dass es bereits 15.000 arbeitslose Bauarbeiter gibt. Und wenn die Gemeinde zur Stilllegung ihrer Bautätigkeit gezwungen werden würde, müsste man mit einem Mindeststand von 22.000 Arbeitslosen und wenn man die am Baugewerbe interessierten Branchen dazunimmt, mit 30.000 Arbeitslosen rechnen. Die Minderheit hat es vorgezogen, von der heutigen Sitzung mit sehr fadenscheinigen Argumenten fernzubleiben. Vielleicht kann man da das Sprichwort anwenden: Den schuldigen Mann geht das Grausen an (Lebh. Zustimmung). Aber die Abrechnung wird den Schuldigen nicht erspart bleiben (Lebh. Beifall).

Damit ist die Debatte über den Bericht des Finanzreferenten geschlossen.

Der Resolutionsantrag der vom Finanzreferenten vorgeschlagen wurde, wird einstimmig angenommen.

Ebenso folgender vom Abg. Nachtnebel gestellter Antrag:

"Die soeben angenommene Resolution ist der Bevölkerung Wiens durch Plakate bekanntzugeben" (Lebh. Beifall).

Schluss der Sitzung 19 Uhr 10.

Bogenabfertigung 20 Uhr.